

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 29. Oktober 2025 · Nr. 251 / 44 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,90 € F.A.Z. im Internet: **faz.net**

14 Tote nach US-Angriffen auf Boote

fia. WASHINGTON. Die Vereinigten Staaten haben nach eigenen Angaben abermals Boote angeblicher Drogenschmuggler im Pazifik angegriffen und dabei 14 Personen getötet. Das gab Verteidigungsminister Pete Hegseth am Dienstag auf der Plattform X bekannt. Die vier Boote mit „Drogen-Terroristen“ seien dem Geheimdienst bekannt gewesen und hätten Rauschgift an Bord gehabt, schrieb Hegseth. Bei den Angriffen habe es einen Überlebenden gegeben. Weiter hieß es, das Pentagon habe zwei Jahrzehnte damit verbracht, andere Länder zu verteidigen; nun verteidige man das eigene Land. Laut Donald Trump befinden sich die Vereinigten Staaten in einem „bewaffneten Konflikt“ mit Rauschgiftbanden, die der Präsident zu internationalen Terrororganisationen erklärt hat. Der Sender CNN berichtete unter Berufung auf einen hohen Regierungsbeamten, führende Kongressmitglieder seien in mehreren Briefings über die Angriffe in der Karibik und im Pazifik informiert worden. Der demokratische Senator Mark Kelly hatte am Sonntag in einem Interview gesagt, die vorgelegten Beweise seien nicht ausreichend. Es habe außerdem keine „logische Begründung“ zur Rechtmäßigkeit der Angriffe gegeben.

Was vereinbaren Trump und Xi?



Supermächte – Freut sich Donald Trump auf sein Treffen mit Xi Jinping? Vor einem Jahr schwärmte er von Chinas Herrscher: „Er ist genial! Er kontrolliert 1,4 Milliarden Menschen mit eiserner Faust!“ Was der US-Präsident erst später lernte: Xi kontrolliert auch die Seltenen Erden, die

Amerika braucht – ein Schild gegen Trumps Zollschwert. Der Amerikaner hat sich immerhin Hilfe in Japan geholt: Das „neue goldene Zeitalter“ mit Tokio umfasst auch eine Partnerschaft für die Versorgung mit kritischen Rohstoffen. Und Europa? **Seiten 5, 15 und 18**

Foto ddp

Pistorius’ Tafelsilber

Von Stephan Löwenstein

Boris Pistorius geht es wie einem Gastgeber, der zu einem schönen Essen geladen hat und dann beim Blick in die Kommode feststellen muss, dass vom erbten Silberbesteck nur mehr sieben Gabeln, sechs Löffel und fünf Messer übrig sind. Der Verteidigungsminister soll und will die mehr als zwei Jahrzehnte lang schrumpfende und immer noch deutlich unter Plan anwachsende Bundeswehr wieder erheblich vergrößern. Dafür braucht er Liegenschaften. Mehr Soldaten müssen nicht nur adäquat ausgerüstet, sondern auch untergebracht werden. Eine größere Truppe hat auch wieder mehr Strukturen. Auch die brauchen jeweils einen Ort, wenn sie nicht bloß Kästchen auf einem Organigramm sein sollen. Ganz zu schweigen von der Debatte über eine wie auch immer geartete Wiederbelebung der Wehrpflicht, die ohne Kasernen buchstäblich in der Luft hängt.

Deshalb war es ein notwendiger Schritt, dass das Verteidigungsministerium die sogenannte Konversion gestoppt hat, also die Umwandlung

militärischer in zivile Immobilien. Die Bundeswehr benötigt diese Reserve, die sie endlich als „strategisch“ erkennt. Sie braucht sie übrigens nicht nur, um Soldaten und Kommandos zu behausen, sondern auch, um in Städten präsent zu sein, statt immer weiter in die Peripherie gedrängt zu werden. Wobei die Rechenkünstler im Verteidigungsministerium wissen, dass die Liegenschaften an sich wertvoll sein mögen, aber ihre unerlässliche Ertüchtigung Milliarden kosten wird.

Zweifellos werden nun hie und da Pläne von Ländern und Kommunen schmerzhaft durchkreuzt, die zum Teil schon weit gediehen sind. Da wird beteuert, man wolle Lösungen finden, aber Konflikte wird es zweifellos geben. Eine weitere Frage ist, wie sich der Stopp auf den Etat des Bundes auswirkt. Die Veräußerung von Liegenschaften der Bundeswehr und der einstigen Besatzungsmächte war seit 1990 Teil der „Friedensdividende“, die sich seit dem Ende des Endes der Geschichte als Verjuben von Tafelsilber entpuppt hat.

Das tut man nicht

Von Jasper von Altenbockum

Die Meinungsfreiheit wird von einer ungeahnten Seite her bedroht. Erstaunlich viele Befragte geben in Umfragen an, sie trauten sich nicht, ihre Meinung zu sagen, weil sie dadurch „in die Ecke“ gestellt würden, und zwar in die rechte. Das Phänomen lässt sich als eine Reaktion auf „politische Korrektheit“ deuten, auf eine Anstandskontrolle über politische Sitten, eine Kontrolle, die bevorzugt aus der linken Ecke betrieben wird. Wer dagegen aufbegehrt, wirft sich in einen Kulturkampf. Das ist auch jetzt wieder einmal so. Das Stadtbild lässt grüßen.

Es ist bemerkenswert, dass „Anstand“ in solchen und vielen anderen Debatten zu einem Anliegen linker politischer Kultur geworden ist. Noch bemerkenswerter ist, dass sich diese Kultur dabei auf bürgerliche Werte beruft. Es sei nicht bürgerlich, was die AfD anbiete, hieß es kürzlich wieder vonseiten der SPD, deshalb sei eine Zusammenarbeit nicht möglich. Ähnlich könnte es auch von Politikern der Grünen vorgebracht werden. Vor Jahren hätte es aus der SPD, erst recht aus den Reihen der Grünen noch genau umgekehrt geheißen: Weil etwas bürgerlich sei, könne es nicht „alternativ“, nicht progressiv, nicht „bunt“, nicht sozialdemokratisch sein.

Was anständig, was sagbar ist, was nicht, wurde damals, es waren die Zeiten der Achtundsechziger-Revolution und deren Ausläufer, entlang völlig anderer Maßstäbe beurteilt. Wer bürgerlich-höflich sein wollte, war im besten Fall spießig und unmodisch. Höflich stand für höfisch, für verlogen, für elitär. Wer darauf Wert legte und dafür kämpfte, musste, so der Vorwurf, einen autoritären Charakter haben. Was so viel bedeutete wie: faschistisch. Höflichkeit galt als Mittel der Repression, der Einschüchterung, der Unterdrückung von Wahrheit, von Offenheit, von Gleichheit, von Freiheit. Es stand für alles, was eine Gesellschaft deformierte, eben für das Bürgerliche. Kein Linker wäre deshalb auch nur auf den Gedanken gekommen, sich als bürgerlich zu bezeichnen.

Die antibürgerliche Haltung blieb nicht ohne Folgen auf den Umgang miteinander. Höflich zu sein, kam aus der Mode. „Das tut man nicht“ – ein Satz aus vergangenen Zeiten, die für Linke immer auch die faschistischen Zeiten waren. Alles durfte also gesagt und getan werden, je antiautoritärer, „befreiter“ und ungezügelter, desto besser. Wo ein Tabu war, es musste weg. Der Ton wurde ruppiger. Der eigentliche Sinn von Höflichkeit geriet in Vergessenheit. Denn ihr ging es nicht um Repression, sondern um die Pflege von Normen – eben bürgerlicher Anstandsformen, die nicht nur den Alltag regelten, das

persönliche Miteinander, sondern auch politische Inhalte. Um die ging es aber.

Unsere Zeit rennt diesen Formen verzweifelt hinterher. Die Hassrede im Netz ist nur eine von vielen Erscheinungen, die zeigen, was verlorene gegangen ist. Weil aber Normen nicht mehr gelten, die Gesellschaft entleert worden und nichts mehr selbstverständlich ist, soll der Staat einspringen. Hass, Hetze, Catcalling – anscheinend können nur Gesetze, kann nur die Polizei wieder einfangen, was früher Höflichkeit unter sozialer Kontrolle und im Gehege der Zivilisation gehalten hat.

„Das tut man nicht“ ist allerdings aus dem Mund des Staates etwas ganz anderes als aus dem Mund der Ge-

Unsere Zeit rennt den verlorenen Formen des Bürgerlichen hinterher, der Höflichkeit.

sellschaft. Wenn sich die Linke als vermeintlich bürgerlich geriert und ihren Begriff von Bürgerlichkeit verstaatlichen will, ist sie so „bürgerlich“, wie sie es den Bürgerlichen vor Jahr und Tag vorgeworfen hat. Ihr Anstand ist ein Mittel der Repression, der Einschüchterung, der Unterdrückung von Wahrheit, von Offenheit, von Gleichheit, von Freiheit. Die Keulen werden immer größer und sind immer schneller zur Hand: Rassismus, Sexismus, Nazismus, Faschismus. Ergebnis sind die erwähnten Meinungsumfragen.

Ironie der Geschichte ist, dass nun ausgerechnet die radikale Rechte die Formen übernommen hat, die von links her der Bekämpfung der Höflichkeit dienten. Die AfD pfeift auf das Sagbare, sie pfeift auf Formen, sie pfeift auf Anstand und Tabus. Zwar tragen die neuen Alternativen die Perlenketten der Bürgerlichen von gestern, aber ihre Umgangsformen in der politischen Arena sind so proletenhaft, so unhöflich wie die der von ihr verachteten Achtundsechziger. Sie sind kein bisschen besser.

Auf das Bürgerliche sollten sich weder die einen noch die anderen beziehen. Es dient ihnen allein als Etikett zur Bekämpfung des politischen Gegners. Was die einen heraufbeschworen haben, die ungezügelte „Ehrlichkeit“ zur Verdrängung politischer und kultureller Zöpfe, dient den anderen als Revanche zur Rückeroberung verlorener Hegemonie. Bürgerlich sind weder die einen noch die anderen. Denn sie wollen nicht leben und leben lassen, sondern vorschreiben, wie wir zu denken, wie wir zu leben, wie wir uns zu verhalten haben. Das tut man nicht.

Klassenkampf in New York

Zohran Mamdani bezeichnet sich als demokratischen Sozialisten. Nicht nur damit macht er die Wirtschaftselite nervös. **Wirtschaft, Seite 17**

Prügel und Stromschläge

Ukrainische Kriegsgefangene werden in russischer Haft unter Folter zu Geständnissen gezwungen. **Politik, Seite 3**

Klingt vernünftig

Das Publikum in der Bonner Oper feiert Angela Merkel – und den einst vertrauten Ton schlüssig erklärter Politik. **Feuilleton, Seite 9**

Nach dem Wahlsieg

Milei möchte als Nächstes den Arbeitsmarkt und die Steuerpolitik reformieren. Was hat er genau vor? **Wirtschaft, Seite 16**

Schumachers Erben

Die legendäre Torhüterschule des 1. FC Köln prägt das Pokalspiel gegen den FC Bayern. **Sport, Seite 28**

Hightech-Pläne

Wie die Bundesregierung Deutschlands Forschung endlich wieder nach vorne bringen will. **Natur und Wissenschaft, Seite N 1**

Briefe an die Herausgeber, Seite 6

SPD-Basis sammelt Stimmen gegen Reform

moja. BERLIN. Teile der SPD stemmen sich mit einer Unterschriftensammlung gegen die geplante Reform des Bürgergelds. Zu den Erstunterzeichnern der Kampagne gehört der Juso-Vorsitzende Philipp Türmer. Zunächst muss das Begehren beim SPD-Parteivorstand eingebracht werden. Sollte der es für zulässig erklären, muss mindestens ein Prozent der Mitglieder dessen Initiierung unterstützen. Erst wenn sich dann mindestens 20 Prozent der Mitglieder an der Abstimmung beteiligen, muss der Parteivorstand entscheiden, ob sie statthaft war. (Siehe *Wirtschaft, Seite 17; Kommentar Seite 8.*)

Onay kritisiert Merz für „Stadtbild“-Äußerungen

bin. HANNOVER. In der „Stadtbild“-Debatte wirft Hannovers grüner Oberbürgermeister Belit Onay Bundeskanzler Merz vor, ausländische Stimmungen zu befeuern. „Pauschale und unpräzise Äußerungen wie von Friedrich Merz helfen letztlich vor allem der AfD“, sagte Onay der F.A.Z. Die Annahme, durch Abschiebungen das Stadtbild maßgeblich zu verändern, sei völlig unrealistisch und mit Zahlen leicht widerlegbar, sagte der Grünen-Politiker. Kritik an Merz kommt auch von einer Frauen-Initiative, die in einem Brief an den Kanzler Forderungen erhebt. (Siehe *Seite 2.*)

Mehr als hundert Staaten ohne Klimaschutzplan

lufu. FRANKFURT. Nur etwa jedes dritte Land hat fristgerecht bei den Vereinten Nationen einen aktuellen Klimaschutzplan eingereicht. Das geht aus einem am Dienstag veröffentlichten Bericht des Klima-Sekretariats der Vereinten Nationen hervor. Die Pflicht, solche Pläne einzureichen, ist Teil des Pariser Abkommens, einen Sanktionsmechanismus gibt es aber nicht. Der Bericht prognostiziert sinkende Emissionen bis 2035, ist aber wenig aussagekräftig, da er weder den verspätet angekündigten Plan des größten CO₂-Emittenten China noch beispielsweise eine Ankündigung der EU enthält. (Siehe *Seite 4.*)

Berichte über Gräueltaten der RSF-Miliz in Sudan

cmei. TEL AVIV. Nach der Einnahme der westsudanesischen Stadt Al-Faschir durch die RSF-Miliz häufen sich Berichte über Gräueltaten. Der Vorsitzende der Afrikanischen Union, Mahamoud Ali Youssef, verurteilte am Dienstag „die schweren Menschenrechtsverletzungen“ in der Hauptstadt Nord-Darfur. Er forderte eine Waffenruhe und humanitäre Korridore. Das Auswärtige Amt teilte mit, man sei erschüttert über die Berichte. „Kämpfer der RSF sind tief in die Stadt vorgedrungen und töteten wahllos Zivilisten. Das muss sofort aufhören.“ Die RSF hatte Al-Faschir seit Mai 2024 belagert. (Siehe *Seite 6.*)



4 190295 403900 3 0 0 4 4

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,70 € / Kanaren, Balearen 4,90 € / Schweiz 5,70 sfrs